

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

554 (27.11.1917) Abendblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweifach. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.45, in das Haus gebracht M. 3.75, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.45 gegen Vorauszahlung.

Anzeigengebühr: Die einpaltige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.

Anzeigenannahme: in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Poststraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drachberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/10—1/11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Druck und Verlag: der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Poststr. 9, Karlsruhe.

Nr. 554

76. Jahrgang.

Karlsruhe, Dienstag, 27. November 1917

76. Jahrgang.

Abendblatt

Neue heftige Artillerie-Kämpfe in Flandern. Der deutsche Tagesbericht. Die russischen Geheimpapiere. Der Bürgerkrieg in Rußland.

W. B. Großes Hauptquartier, 27. Nov. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern.

In Flandern nahm die Artillerietätigkeit zwischen dem Houlloulster Walde und Sandvoorde am Nachmittag wieder große Festigkeit an.

In einzelnen Abschnitten des Schlachtfeldes südwestlich von Cambrai tagüber starker Feuerkampf. Unter dem Schutze der Dunkelheit bereit gestellte englische Infanterie griff am Abend Dorf und Wald Bourlon an; in schwerem Nahkampf wurde sie zurückgeworfen. Die Vorkesseltätigkeit blieb auf der ganzen Schlachtfeldfront reg.

Front des deutschen Kronprinzen.

Nördlich von Brunay wurde ein französischer Vorstoß im Grabenkampfe abgewiesen. Auf dem östlichen Maasufer wurde die Gefechtsintensität tagsüber mäßig. Am Abend trat zwischen Samogneux und Beaumont und beiderseits von Druis erhebliche Feuersteigerung ein. Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

An der Combres-Söhre und zwischen St. Mihiel und Ponta-Mousson lebte das Feuer zeitweilig auf.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

und der Mazedonischen Front keine größeren Kampfhandlungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Die Schottländer bei Cambrai.

W. B. Kopenhagen, 26. Nov. „Daily Telegraph“ hebt hervor, daß in den letzten Kämpfen bei Cambrai die Schottländer die schwersten Verluste erlitten. Sämtliche eingeleiteten schottischen Brigaden haben äußerst schwer gelitten. Zwei schottische Brigadeführer sind gefallen.

Sturm in der französischen Kammer.

W. B. Bern, 27. Nov. Die heute in Genf eingetroffenen Blätter vom 23. November berichten über die Kammereröffnung vom 22. November nach folgende Einzelheiten: Als Deschanel bekannt gab, daß Malvy ein Antrag auf Bildung eines Ausschusses von 33 Mitgliedern eingebracht habe, entstand sofort eine große Erregung. Malvy wurde nur gestattet, kurz über das Datum der Erörterung seines Antrages zu sprechen, wogegen die Sozialisten Einspruch erhoben. Malvys Angaben bezüglich der bisherigen Untersuchung auf die Anklage gegen seitens Dubois wurden von Raines als richtig bestätigt. Die Rede Malvys wurde von heftigen Zwischenrufen der Rechten und scharfen Zusammenstoßen der Rechten und der Linken ständig unterbrochen. Die Linke und die äußerste Linke und ein Teil des Zentrums bereiteten Malvy nach der Rede eine Guldigung. Renaudel erklärte nachher, Clemenceau sei zwar nicht anwesend, aber irgend jemand von der Regierung könne in seinem Namen sprechen. Clemenceau habe die Ständele als Sprungbrett benutzt, um zur Macht zu gelangen.

In der Kammer erklärten wiederum leidenschaftliche Zwischenrufe. Erst nach längerer Unterbrechung konnte Renaudel fortfahren. Clemenceau müsse nun auch die Initiative für alles weitere übernehmen, und Malvy müsse seine Anträge vor Gericht stellen können.

Justizminister Nail führte Todann namens der Regierung aus, daß sie eine Erklärung geben werde.

Im Senat wurde der Antrag Malvy sehr lebhaft bedrohen.

Verchiebung der Neuwahlen.

W. B. Bern, 26. Nov. (Nicht amtlich.) „Argos de Lyon“ meldet aus Paris: Die Regierung beabsichtigt, die Neuwahlen zum Parlament, die im Jahre 1918 stattfinden sollten, zu verschieben, da man sonst die in der Armeezone befindlichen Wähler und die Kriegsgefangenen nicht abstimmen lassen könne. Man hält es für wahrscheinlich, daß die Kammer ihre Wahlbefugnisse durch Gesetz bis zum Jahre 1920 verlängern lassen wird. In parlamentarischen Kreisen scheint man sich mit der Möglichkeit von Wahlreformen zu befassen und zwar sollen im ersten Wahlgang alle Sitze im Parlament auf Grund des Systems der absoluten Mehrheit erteilt werden und für die Stichwahlen soll das Proportionalwahlsystem Anwendung finden.

(Basel, 27. Nov. („Frankf. Ztg.“) Savas übermittelt weiter die folgenden von Trojki veröffentlichten Geheimpapiere: Ein Telegramm Tereščichens vom 24. September 1917 betrifft die Erklärungen Ribots in der Kammer über die Frage der Veröffentlichung der Verträge. Tereščichens erklärt, Rußland habe nicht die Absicht, Frankreich Schwierigkeiten zu machen. Es würden in Rußland keine Einwendungen erhoben gegen die Veröffentlichung der vor und während des Krieges abgeschlossenen Verträge. In einem Telegramm vom 25. September 1917 präzisiert Tereščichens den Standpunkt Rußlands zu den Abkommen über Kleinasien, die keine Separatverträge seien, sondern zu dem Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen gehörten.

Es folgt eine lange Reihe von Noten über verschiedene Vorschläge, die Griechenland für seine Unterstützung in Bezug auf Kleinasien und das Ägäische Meer, insbesondere in der Gegend der Insel Cypern gemacht werden, als von ihm gefordert wurde, Serbien zu Hilfe zu eilen. Die Note zeigt den Gang der Verhandlungen mit Venizelos und Sunaris, die dann das Kabinett Sunaris bei der Frage der Garantie der territorialen Unverletzlichkeit Griechenlands, die von dem Ägypter Kabinett verlangt wurde, abbrach.

Eine Note Kowlanows vom 10. November 1916 handelt von dem Eintritt Rumaniens in den Krieg. Die Note wird von allgemeinen Betrachtungen über Rumänien begleitet. Sie zeigt die zögernde Haltung Rumaniens und die verschiedenen Wechselfälle der Unterhandlungen, die dem Gang der militärischen Operationen entsprachen. Die Verhandlungen wurden nach dem Erfolg in Gallien und in Polen abgebrochen und nach dem Erfolg Brusilows wieder aufgenommen. Anfänglich war General Alexejew der Ansicht, es sei im Interesse der Alliierten, daß Rumänien seine Neutralität aufrecht erhalte. Später jedoch schloß er sich dem Standpunkt der Alliierten an, die hofften, daß die Aktion Rumaniens in Österreich einen entscheidenden Schlag verfehlen werde. Das Abkommen vom August 1916 sagt, die Note gewähre Rumänien bedeutende Gebietskonzessionen in Siebenbürgen, in der Bukowina und im Banat, die in keinem Verhältnis zu seiner Beteiligung standen, umsoweniger als Rumänien erklärte, sich auf Operationen in Siebenbürgen zu beschränken. Nach der Niederlage stellte die Note die Entschlossenheit des Königs und der Regierung fest, den Kampf bis zum Ende fortzusetzen. Das Unglück Rumaniens sei die natürliche Folge der unzureichenden militärischen Vorbereitungen Rumaniens und der Politik Venizelos.

Kowlanow ist der Ansicht, daß die Rumänen nach ihren letzten Siegen vom Jahre 1913 eine übertriebene Meinung ihrer Loyalität hatten. Die allgemeinen Betrachtungen Kowlanows beziehen sich auf die Absichten Rumaniens. Er führt aus, daß Rumänien nach dem Kriege eventuell seine Ansprüche auf Bessarabien zur Geltung bringen werde. „Da der Einfluß Rumaniens auf dem Balkan dem Auslands entgegensteht“, so schließt Kowlanow, ist das Mißlingen der großen rumänischen Pläne den politischen Interessen Auslands nicht nachteilig.“ Er ist der Ansicht, daß die Rumänen in Aussicht gestellten territorialen Konzessionen revidiert werden sollen.

W. B. Petersburg, 27. Nov. (Ret. Tel. Ag.) Das letzte der von Trojki veröffentlichten Dokumente ist ein geheimes Telegramm. Der russische Gesandte in Bern teilt mit, daß einige große Finanzleute in der Schweiz Besprechungen abhielten. Die Engländer stellten in Abrede, heißt es in dem Telegramm weiter, an dieser Konferenz teilgenommen zu haben, doch sei der Direktor der Lloydbank am 22. Sept. 1917 in Genf angekommen. Bezüglich Auslands wisse man nichts endgültiges. Es scheint, daß man sich nur dahin ausgesprochen habe, daß die Mittelmächte einige Kompensationen im Orient erlangen könnten. Die deutschen Teilnehmer an der Konferenz hätten auf der Abtretung der baltischen Provinzen und auf der Unabhängigkeit Finnlands bestanden. (Notiz: An zuständiger Stelle ist von diesem Vorgange nichts bekannt.)

Der Tagesbericht der Bulgaren.

W. B. Sofia, 27. Nov. Amtlicher Heeresbericht vom 26. November.

Mazedonische Front: Im Cernabogen verstärkte sich während des Tages das Artilleriefeuer beträchtlich an gewissen Stellen der Front. Die Feuerstärke überschritt nicht die normale Grenzlinie in der Gegend von Moglena. Beim Kloster Sankt Arsanahel setzte unser Artilleriefeuer ein feindliches Artilleriedruck in Brand. An beiden Ufern des Wardar und im unteren Strumatal Aufklärungsunternehmungen. Dokrudskafent: Dettlich von Mahundia wurde eine feindliche Erkundungsabteilung durch Feuer zerstört.

Der türkische Tagesbericht.

W. B. Konstantinopel, 27. Nov. Amtlicher Heeresbericht von gestern.

Sinajifront: An der Ägäis Vorpostenstellungen von geringer Bedeutung. Der der Mitte der Front am Vormittag Ruhe. In der ersten Nachmittagsstunde schritt der Feind mit zwei bis drei Infanterie-Brigaden erneut zum Angriff. Zum Teil brach der Angriff in unferem Artilleriefeuer schon in seinen Anfängen zusammen. Der Feind wurde zur Ausbuchtung kam, wurde er teilweise abgewiesen. Nichts von Bedeutung.

Die Herrschaft der Bolschewiki.

W. B. Stockholm, 27. Nov. Nach einer Meldung der Petersburger Zeitung „Krawda“ befinden sich u. a. folgende Städte in der Gewalt der Bolschewiki: Petersburg, Moskau, Kiew, Kischinowgorod, Odessa, Jankaterinslow, Starafon, Samara, Kasan, Nisnow, Wladimir, Kibal, Pskow, Wlusk, Podosk, Seruchow und Tzaritsyn.

Streikende Beamte.

W. B. Kopenhagen, 27. Nov. Der „Berlingske Tidende“ wird aus Kopenhagen gemeldet: Laut „Rotozja Schien“ hat Trojki dem Beamten des Ministeriums des Auswärtigen mitgeteilt, daß sie, falls sie den Dienst bis 30. November nicht wieder aufgenommen haben werden, entlassen werden würden. — Der Rat der Volkskommissare bereitet die Übernahme aller Privatbanken an den Staat vor.

Neue Gerüchte über Kerenski.

W. B. Kopenhagen, 26. Nov. Eine Nachricht, die von großer Tragweite sein dürfte, wird heute von Reuters verbreitet. Reuters meldet nämlich aus Petersburg: Eine Mitteilung des früheren Organs Kerenskis des „Dien“, belage, daß die bisherigen Gerüchte, denen zufolge Kerenski Selbstmord verübt habe, begünstigt worden sei, unzutreffend wären. Obgleich die Gerüchte in sehr bestimmter Form aufgebracht wurden, so enthalten sie doch nicht die Wahrheit. Sinegen habe Kerenski ein Schreiben nach Petersburg gerichtet, in dem er erklärt, daß er sich der maximalistischen Macht unterwerfe, seinen Posten als Oberbefehlshaber niederlege und von seiner Ministerpräsidentenschaft zurücktrete. Reuters gibt nicht genau an, wo Kerenski sich befindet, doch es ist keine derartige Angabe im „Dien“ enthalten. Die Mitteilungen des Petersburger Blattes werden sowohl in Dänemark, wie auch, soweit aus englischen Meldungen hervorgeht, in England als zutreffend betrachtet, und haben starken Eindruck gemacht, weil man einerseits daraus schließt, daß die Maximolistenbewegung sehr große Fortschritte gemacht haben müsse und weil man erwartet, daß die Unterwerfung Kerenskis in Rußland weitgehende Wirkung haben werde.

Neue U-Bootsverluste.

W. B. Berlin, 26. Nov. (Amtlich.) Neue U-Bootsverluste auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 20000 B.-M.-T. versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große tief beladene Dampfer, von denen einer Munition geladen hatte.

Der Kriegsrat der Alliierten.

W. B. Amsterdam, 26. Nov. „Allgemeines Handelsblatt“ berichtet aus London: Einer der Gegenstände, die in der nächsten Woche durch den Kriegsrat der Alliierten besprochen werden sollen, ist die Frage des Zusammenwirkens der Flotten der mittel- und südamerikanischen Staaten mit den Flotten von Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Ein anderer Gegenstand der Besprechung wird die Verfolgung der Alliierten bilden. Jede Macht wird ermahnt werden, eine Liste ihres Bedarfs aufzustellen. Schonrechte zugunsten der einen oder anderen alliierten Länder werden nicht gewährt werden. Andere Punkte beziehen sich auf die zu ergreifenden Maßnahmen für die Bekämpfung des österreichisch-ungarischen U-Bootskrieges im Adriatischen Meer sowie die Frage der Blockade in ihren Beziehungen zu der Schweiz und Spanien und die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe, die nach dem Kriege gewährt werden soll.

Die feindlichen Heeresberichte.

W. B. Rom, 27. Nov. Heeresbericht vom 26. November. Auf der Hochfläche von Schleggen schlugen die feindlichen Wachen der 1. Armee, die seit 10 Tagen ruhelos kämpften, ohne bei der Verteidigung des Welettavorsprungs nur einen Fuß breit Gelände preisgegeben zu haben, wiederum mehrere wütende Angriffe des Feindes ab und machten erfolgreiche Gegenangriffe. Zwei Maschinengewehrabteilungen wurden genommen. An der übrigen Front nur Artillerietätigkeit. Einer unserer Flieger schoß über dem Monte Scoppa zwei feindliche Flugzeuge ab.

Badische Politik.

Die Haltung des Reichstagsabgeordneten v. Schulke-Gövernitz hat im badischen Oberland starke Unruhe erregt. Wie erinnerlich, haben seine Freiburger nationalliberalen Wähler ihn nicht im Zweifel darüber gelassen, daß sie keine Stellung zur Friedensresolution des Reichstags stark beurteilen. Nun hat er neuerdings in Freiburg eine Rede gehalten, in der er so sehr zugunsten Englands sprach, daß sich dagegen schärfster Widerspruch erhoben hat. Wenn die „Freisgauer Zeitung“ ihr Urteil dahin zusammenfaßt: wir wollen einen deutschen Frieden und keinen Sommerfrieden, damit das deutsche Volk auch nach dem Kriege noch atmen kann und nicht unter den ihm aufgebürdeten Lasten zusammenbricht, so trifft sie den Nagel auf den Kopf, nicht bloß demgegenüber, was Herr von Schulke-Gövernitz in Freiburg, sondern auch, was Herr Dersburg in Karlsruhe getrieben hat.

